

Liberaler Abweg in den Rechtspopulismus? – Friedrich Middelhaue und das Konzept einer Nationalen Sammlung in den Gründungsjahren der Bundesrepublik

1. *Einleitende Bemerkungen*

Die Frage, ob es in der alten Bundesrepublik, zumal in ihren Anfängen, eine Form von Rechtspopulismus gegeben hat, mag auf den ersten Blick verwundern. Auch wenn in der tagespolitischen Auseinandersetzung der Vorwurf des Populismus nahezu täglich und von den Parteien wechselseitig erhoben wird, um Forderungen oder Ziele der Konkurrenz als rein effekthascherisch und verantwortungslos zu brandmarken, so scheint das Phänomen des Populismus in der westdeutschen Bundesrepublik als Teil der (partei-)politischen Landschaft kaum jemals ernsthaft und außerdem »recht spät in Erscheinung getreten«¹ zu sein. Der ebenso bescheidene wie kurzfristige Erfolg der 1983 gegründeten Republikaner (REP) zeigt, wie schwer es eine sich rechtspopulistisch gerierende Partei hat, im politischen System, aber auch in der politischen Kultur der Bundesrepublik Fuß zu fassen, vor allem dann, wenn die Grenzen zum Rechtsextremismus zu verschwimmen drohen. Ganz anders fällt der Befund aus, blickt man über die deutschen Landesgrenzen hinaus. Zahlreiche europäische Demokratien sahen und sehen sich seit Beginn der 1970er Jahre durch das Aufkommen und den Erfolg rechtspopulistischer Parteien herausgefordert. Ob die italienische Lega Nord oder die französische Front National (FN), ob Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) oder Vlaams Belang (bis 2004: Vlaams Blok) in Belgien – angeführt von einer zumeist als charismatisch empfundenen bzw. gedeuteten Führungspersönlichkeit gelten sie alle als Exponenten eines neuen Rechtspopulismus.²

Wird im politischen Feuilleton über Zukunftsaussichten eines Rechtspopulismus in der Bundesrepublik diskutiert, so gilt das Szenario der Etablierung einer neuen, bundesweit agierenden Rechtspartei als höchst unwahrschein-

1 Frank Decker: Parteien unter Druck. Der neue Rechtspopulismus in den westlichen Demokratien. Opladen 2000, S. 158.

2 Vgl. Nikolaus Werz (Hrsg.): Populismus. Populisten in Übersee und Europa. Opladen 2003; Jens Rydgren (Hrsg.): Movements of Exclusion. Radical Right-Wing Populism in the Western World. New York 2005; Susanne Frölich-Steffen/Lars Rensmann (Hrsg.): Populisten an der Macht. Populistische Regierungsparteien in West- und Osteuropa. Wien 2005.

lich. Reeller erscheint vielen Beobachtern jedoch die Gefahr des »Umkip-pens« einer bereits etablierten Partei mit funktionierenden Strukturen. Zur gleichsam empirischen Stützung eines solchen Gedankenspiels wird meist auf die nordrhein-westfälische FDP unter Jürgen W. Möllemann verwiesen. Die polarisierende Politik des damaligen FDP-Landesvorsitzenden, sein bewusstes Spielen mit Tabus provozierte immer wieder Parallelen zur FPÖ. Das Schlagwort einer »Haiderisierung« der FDP geisterte nicht nur durch die Gazetten, es hielt auch Einzug in die Politikwissenschaft³, die sich in den letzten zehn Jahren in enger Verschränkung mit sozialwissenschaftlichen Nachbardisziplinen intensiv mit dem Phänomen des (Rechts-)Populismus auseinandergesetzt und es zu einer Analysekategorie gemacht hat, die sich auch für die Zeitgeschichtsforschung als fruchtbar erweisen kann.

Nachfolgend soll der Versuch unternommen werden, in den Sozialwissen-schaften herausgearbeitete Kriterien zur Erfassung und Erklärung rechtspo-pulistischer Parteien bzw. Bewegungen auf das von Friedrich Middelhaue (1896-1966) vertretene Konzept einer Nationalen Sammlung zu übertragen. Motiviert wird dieser Deutungsversuch durch die zeitgenössisch wie auch rückblickend anzutreffende Unbestimmtheit, Unsicherheit, teilweise auch Ratlosigkeit, sowohl Middelhaue selbst als auch sein Sammlungsprojekt plausibel zu bewerten und politisch zu verorten. Der langjährige Parteivorsitzende der nordrhein-westfälischen Liberalen sowie stellvertretende Bundes-vorsitzende der FDP habe, so eine jüngst nachzulesende Einschätzung, im Zusammenhang der Nationalen Sammlung »eine undurchsichtige Rolle«⁴ gespielt; ein aufmerksamer Beobachter des Bonner Politikbetriebes zählte Middelhaue gar zu den »umstrittensten, viele sagen zwielichtigsten Figuren in der deutschen politischen Arena«.⁵ Dabei war dessen politische Vision recht klar. Seit der unmittelbaren Nachkriegszeit hatte er sich dem Ziel verschrieben, die neue liberale Partei zum Zentrum eines dritten Blocks rechts von Christ- und Sozialdemokraten zu machen. Die anvisierte Zielgruppe reichte von ehemaligen Sympathisanten der liberalen Parteien vor 1933 bis hin zu dem nach Millionen zählenden Heer ehemaliger Wehrmachtssoldaten sowie politisch heimatlos gewordener Nationalsozialisten. Um eine solche Klientel als Wähler und auch Mitarbeiter für seine Ziele zu gewinnen, leitete Middelhaue – so die hier vertretene Hypothese – in Inhalt, Organisation und Ausdrucksform einen Strukturwandel ein, weg von einer liberalen Partei

3 Vgl. Peter Lösche/Franz Walter: Die FDP. Richtungsstreit und Zukunftszweifel. Darmstadt 1996, S. 209 ff.; Jürgen Dittberner: Die FDP. Geschichte, Personen, Organisation, Perspektiven. Eine Einführung. 2., überarb. u. aktual. Aufl., Wiesbaden 2010, S. 74 ff.

4 Axel Schildt/Detlef Siegfried: Deutsche Kulturgeschichte. Die Bundesrepublik – 1945 bis zur Gegenwart. München 2009, S. 147.

5 Walter Henkels: Zeitgenossen. Fünfzig Bonner Köpfe. Hamburg 1953, S. 162.

klassischen Zuschnitts, hin zu einer rechtspopulistischen Sammlungsbe-
wegung.

Die britische Besatzungsmacht setzte jenem hochumstrittenen Kurs zumin-
dest mittelbar ein jähes Ende, indem sie im Januar 1953 einen Kreis ehemali-
ger Nationalsozialisten um den früheren Goebbels-Staatssekretär Werner
Naumann verhaften ließ, der Kontakte zum Umfeld Middelhaues unterhielt.
Eine nachfolgend eingesetzte parteiinterne Untersuchungskommission erhob
in ihrem Abschlussbericht schwere Vorwürfe gegenüber den politischen Ver-
antwortlichen der NRW-FDP. Es sei nur »schwer zu verstehen, warum ausge-
rechnet alle Schlüsselpositionen nicht politisch erprobten Persönlichkeiten,
sondern früheren prominenten Nationalsozialisten anvertraut worden sind«.⁶
Der weithin vorherrschende Eindruck einer nationalsozialistischen Unterwan-
derung des nordrhein-westfälischen FDP-Landesverbandes führte zur völli-
gen Diskreditierung jenes »rechten« Planspieles einer nationalen Sammlungs-
bewegung. Gleichwohl blieb der Landesvorsitzende von der Richtigkeit und
Notwendigkeit seines Kurses überzeugt. Noch im Spätsommer des Jahres
1953 führte er den Bundestagswahlkampf unter dem unzweideutigen Motto
»Rechts ran! Wählt Middelhaue«.⁷ In der »Naumann-Affäre«, die die FDP
an den Rand einer Spaltung führte, erwies sich Middelhaue nicht etwa als
das Opfer einer ihm oftmals unterstellten Naivität, Gutgläubigkeit oder politi-
schen Unbedarftheit. Er wurde nicht von skrupellosen Altnazis düpiert, son-
dern hatte sie vielmehr bewusst für seine Zwecke eingespannt.⁸ Der potenti-
ellen Gefahren eines solchen Kurses war er sich zu jedem Zeitpunkt bewusst:
»Ohne Risiko«, so Middelhaue im Februar 1953, »gibt es keine Politik, und
noch selten barg ein Risiko so positive Möglichkeiten in sich wie dieses«.⁹

2. *Eröffnete der Untergang des Nationalsozialismus ein »Gelegenheitsfen- ster« für populistische Agitation?*

Nach inzwischen etablierter Auffassung treten populistische Bewegungen
vornehmlich in Phasen einschneidender politischer, gesellschaftlicher, öko-
nomischer und/oder kultureller Umwälzungen auf, »wenn infolge zu raschen
Wandels oder zu großer Verwerfungen bestimmte Bevölkerungsgruppen die

6 Vertraulicher Abschlussbericht vom 5.6.1953, Landesarchiv Nordrhein-Westfalen Abtei-
lung Rheinland, Düsseldorf (LAV NRW R), Nachlass Middelhaue, RWN 172/2, S. 16.

7 Vgl. Plakat im Archiv des Liberalismus, Gummersbach (AdL), P3/115.

8 Vgl. dazu jüngst Kristian Buchna: *Nationale Sammlung an Rhein und Ruhr. Friedrich Mid-
delhaue und die nordrhein-westfälische FDP 1945-1953*. München 2010.

9 Das Zitat entstammt einem Artikel Middelhaues im »Industriekurier«, der am 7.2.1953
unter der Überschrift »Es gibt keine Unterwanderung in der FDP« abgedruckt und am 12.2.
in einem Rundschreiben an alle nordrhein-westfälischen Kreisverbände der FDP versendet
wurde. LAV NRW R, Nachlass Middelhaue, RWN 172/165, pag. 105.

Orientierung verlieren und von Zukunftsangst geplagt werden.«¹⁰ Es würde der hier zu behandelnden Situation Deutschlands nach 1945 zwar kaum gerecht, sie als »Modernisierungskrise«¹¹ zu interpretieren. Doch die Folgewirkungen eben solcher Krisen, die sich immer wieder als Nährboden für Populisten erwiesen haben, lassen sich auch im Deutschland der Nachkriegszeit finden. Der Untergang des »Dritten Reiches« mitsamt der NSDAP als dessen alleiniger Staatspartei führte nicht nur in staatlicher wie politischer Hinsicht zu einer tiefen Zäsur. Ganz abgesehen von der rein materiellen, teilweise existenziellen Not in weiten Teilen der Bevölkerung wurden auch hergebrachte gesellschaftliche Strukturen sowie tradierte Werte und Ordnungsvorstellungen durch die Eingriffe und Folgewirkungen einer totalitären Diktatur und eines »totalen« Krieges so tiefgreifend erschüttert, dass neben die politische auch eine soziale und ideelle Orientierungslosigkeit trat. Handfeste berufliche bzw. Statusängste kamen bei all jenen hinzu, die aufgrund ihrer Stellung im »Dritten Reich« entweder schon von den Alliierten ihres Amtes enthoben worden waren oder einem Entnazifizierungsverfahren entgegenblickten. Unabhängig von der tatsächlichen Kategorisierung im Einzelfall zog das Verfahren der politischen Säuberung aufgrund seiner uneinheitlichen Durchführung in den Besatzungszonen, der als mangelhaft empfundenen Einzelfallgerechtigkeit sowie des unausgesprochen im Raum stehenden Kollektivschuld-Verdachts Enttäuschung und Verbitterung nach sich – und das nicht nur bei den als »belastet« Eingestuften, deren staatsbürgerliche Rechte fortan eingeschränkt blieben, denn auch hier galt: »Was zählt, ist das subjektive Empfinden der eigenen Benachteiligung.«¹²

Blickt man auf die agitatorischen Ansatzpunkte rechtspopulistischer Bewegungen, so wird deutlich, dass sich auch in jener Situation nach 1945 ein »Gelegenheitsfenster«¹³ für Populisten zu öffnen schien: »Vermeintlich unverdiente Zurücksetzungen, als ungerecht empfundene Benachteiligung und als illegitim wahrgenommene Nichtberücksichtigung ihrer Interessen sind die verletzten Gerechtigkeitsgefühle, an die sie [die Populisten; K.B.] anzuknüpfen versuchen.«¹⁴ Middelhaues vergangenheitspolitische Aktivitäten zielten in der Tat stets darauf ab, an solcherlei Sentiments und Ressentiments zu appellieren. Sein auf dem Münsteraner Landesparteitag vom Juli 1951 vorgetragener Bericht zur politischen Lage legt hiervon in Diktion wie

10 Decker (wie Anm. 1), S. 28.

11 Vgl. ebd. sowie Tim Spier: Populismus und Modernisierung. In: Frank Decker (Hrsg.): Populismus. Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv? Wiesbaden 2006, S. 33–58.

12 Decker (wie Anm. 1), S. 35.

13 Spier (wie Anm. 11), S. 38.

14 Michael Kohlstruck: Rechtspopulismus und Rechtsextremismus. Graduelle oder qualitative Unterschiede? In: Richard Faber/Frank Unger (Hrsg.): Populismus in Geschichte und Gegenwart. Würzburg 2008, S. 211–228, hier: S. 224.

Inhalt beredtes Zeugnis ab: »Für das Recht der Entrechteten, für die Achtung der Missachteten, für die Ehre der Entehrten mit allem Ernst und Eifer einzutreten, darin sah die FDP vom ersten Tage ihres Bestehens an ihre Ehrenpflicht. [...] Diese vorkämpferische zielbewusste Haltung der FDP ist das, worauf sie in der kurzen Zeit ihres Bestehens mit Fug und Recht am meisten stolz sein kann.«¹⁵ Nachfolgend führte Middelhaue aus, auf welche Haltungen und Forderungen sich der Stolz beziehen sollte, nämlich auf die Beschwörung der Ehre und Anständigkeit der Wehrmachtssoldaten; auf die Initiativen der Landtagsfraktion für einen Abschluss der Entnazifizierung; auf den Einsatz für die »politische und rechtliche Gleichstellung der früheren Mitglieder der NSDAP«; auf den »Kampf seit langen Monaten für die Gefangenen in Werl« [Sitz des britischen Gefängnisses für Kriegsverbrecher und NS-Täter; K.B.]; auf die Forderung nach einer Generalamnestie; auf die Profilierung der »FDP als Wahrerin des Reichsgedankens«; und schließlich auch auf die Mobilisierung »aller, die den guten Willen hatten und haben, dem Vaterland beim Aufbau einer zukunftsstarken Demokratie als eine rechte Lebensform in einer echten Volksgemeinschaft zu dienen«.¹⁶

Da es sich bei dieser Aufzählung um Kernpunkte des nationalen Sammlungskonzeptes handelt, gilt es zu überprüfen, inwieweit sich Middelhaue hier aus dem Fundus des Rechtspopulismus bedient hat.

3. *Grenzüberschreitungen – kalkulierte Tabubrüche – radikale Lösungen*

Es wäre allzu wohlfeil und auch irreführend, jegliche Kritik an der Entnazifizierung oder die Befürwortung von Straffreiheitsgesetzen als (rechts-)populistisch zu bezeichnen. Angesichts der breiten Ablehnungsfront gegenüber der politischen Säuberungspraxis der Besatzungsmächte träfe ein solches Pauschalurteil auf die Vertreter aller damaligen Parteien zu – vom konservativen Christdemokraten bis hin zum orthodoxen Kommunisten. Die entscheidende Frage war jedoch, wie weit jene Kritik an den Alliierten gehen durfte und wo die – wie es Thomas Dehler einmal formulierte – »Grenze der Delikatesse«¹⁷ im Umgang mit ehemaligen Nationalsozialisten liegen sollte. Eben hier, in bewusst vollzogenen Grenzüberschreitungen, sah Friedrich Middelhaue den geeigneten Ansatzpunkt, seine NRW-FDP gegenüber anderen Parteien zu profilieren. Erst durch kalkulierte Tabubrüche, das Einfordern radikaler

15 Protokoll vom 2. Verhandlungstag (21.7.1951), AdL, Bestand FDP-LV NRW, Landesparteitag, 26713.

16 Ebd.

17 Sitzung des Bundesvorstandes vom 6.7.1952. In: FDP-Bundesvorstand. Die Liberalen unter dem Vorsitz von Theodor Heuss und Franz Blücher. Sitzungsprotokolle 1949-1954. Bearbeitet von Udo Wengst. Erster Halbband: 1949-1952. Düsseldorf 1990, Nr. 19, S. 377.

Lösungen, das Schüren von Ressentiments sowie die Konstruktion eines Gegensatzes zwischen »anständigem« Volk und dessen inneren und äußeren Gegnern, also durch dezidiert rechtspopulistische agitatorische Stilmittel¹⁸ war es den Anhängern der Nationalen Sammlung möglich, die von ihnen ins Auge gefassten Adressaten überzeugend anzusprechen und sich gleichzeitig von den anderen Parteien abzusetzen.

Der Einsatz des nordrhein-westfälischen Landesverbandes der FDP für eine Generalamnestie kann als Musterbeispiel für jenes taktische Kalkül angesehen werden. Eine solch radikale Forderung war das Resultat eines vergangenheitspolitischen Überbietungswettbewerbes, der insbesondere nach dem Ende der alliierten Parteilizenzierungspolitik und dem anschließenden Aufkommen zahlreicher Klientelparteien eingesetzt hatte.¹⁹ Mit Forderungen nach einem Ende der Entnazifizierung, nach »Vernichtung aller Entnazifizierungsakten« sowie nach einem Löschen aller Spruchkammerakten aus den Strafregistern²⁰ versuchte der FDP-Landesvorstand auch nach Gründung der Bundesrepublik seine »vorkämpferische« Haltung auf vergangenheitspolitischem Gebiet zu unterstreichen, doch erst der seit 1951 mit großem materiellem Aufwand betriebene Einsatz für eine Generalamnestie war dazu angetan, der nordrhein-westfälischen FDP einen Sonderstatus im Spektrum der etablierten Parteien zu verschaffen.²¹ Indem sich Middelhaue die »tabula rasa«-Forderungen des in rechtsnationalistischen Kreisen gut beleumundeten Völkerrechtlers und Rechtsanwalts Friedrich Grimm zu eigen machte, rührte er an eines der letzten noch verbliebenen Tabus im politischen Umgang mit dem Erbe des Nationalsozialismus. Grimm, der sich schon zu Weimarer Zeiten als Amnestievorkämpfer für die zahlreichen »Fememörder« profiliert und während des »Dritten Reiches« als Jurist des Vertrauens von Hitler und Goebbels in mehreren internationalen Prozessen eine vermeintliche »jüdische Weltverschwörung« nachzuweisen versucht hatte, machte in Reden und Aufsätzen immer wieder deutlich, was unter den Schlagworten »tabula rasa« und Generalamnestie zu verstehen sei: »Das Tabula-rasa-Prinzip ist ein radikales Prinzip, das keine Einschränkung, keine Ausnahme, keinen Kompromiss gestattet. Es gehört Mut dazu, sich heute dazu zu bekennen. Aber es geht gar nicht anders. Eine Tabula-rasa-Amnestie, von der man Ausnahmen macht, ist eben keine tabula

18 Vgl. Decker (wie Anm. 1), S. 50-53; Lars Rensmann: Populismus und Ideologie. In: Decker (wie Anm. 11), S. 59-80, hier: S. 66 f.; Florian Hartleb: Rechts- und Linkspopulismus im westeuropäischen Vergleich. Zur strukturellen und inhaltlichen Bestimmung eines eigenständigen Parteientypus. In: Uwe Backes/Eckard Jesse (Hrsg.): Gefährdungen der Freiheit. Extremistische Ideologien im Vergleich. Göttingen 2006, S. 105-145, hier: S. 117 ff.

19 Vgl. Norbert Frei: Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit. 2. Aufl., München 2003, S. 25 ff.

20 Vgl. Kurzprotokoll über die Sitzung des Gesamtvorstandes am 17.3.1951, AdL, Bestand FDP-LV NRW, Landesvorstand, 27072.

21 Vgl. Buchna (wie Anm. 8), S. 49-72.

rasa. Nach dem totalen Krieg muss auch die Amnestie total sein.«²² Teilweise wörtlich übernahm Middelhaue diese Argumentation und erhob sie zur Linie der Landespartei. Entsprechend ähnlich lauteten die Entschließungen des FDP-Landesparteitages vom Juli 1951: Ein den Alliierten unterstelltes »Sühnebedürfnis« müsse »abgelöst werden durch das tabula-rasa-Prinzip, das einen echten Schlussstrich unter die Vergangenheit zieht. [...] Alle Straftaten, die aus politischen Motiven oder im Zusammenhang mit Kriegsvorgängen vor und nach 1945 begangen wurden, werden amnestiert.«²³ An dieser Entschließung ist zweierlei bemerkenswert. Einerseits hat sich mit der Forderung nach einer Generalamnestie ein vergangenheitspolitischer Dammbbruch innerhalb der NRW-FDP vollzogen. Ihr hier bezogener Standpunkt entsprach keineswegs »der einvernehmlichen Haltung aller staatstragenden politischen Parteien«.²⁴ Frei nach Frank Decker scheint auch hier vielmehr jener strukturelle »Zwang« rechtspopulistischer Bewegungen gegriffen zu haben, der in bewusster Abgrenzung zum politischen Establishment geradezu »nach kalkulierten Entgleisungen« verlangt, »die an Tabus rühren und damit provozierend wirken«.²⁵ Selbst parteiintern sah sich Middelhaue im Bundesvorstand einer breiten Ablehnungsfront gegenüber, als er versuchte, auch die Bundespartei von der Notwendigkeit einer Generalamnestie zu überzeugen. Der stellvertretende Parteivorsitzende Hermann Schäfer benannte die mit einer solchen Forderungen verbundenen Konsequenzen und begründete damit seine Ablehnung: »Ich schrecke zurück vor dem Wort Generalamnestie und ich kann mich nicht einsetzen dafür, dass Leute amnestiert werden, die mit Menschen Tierversuche gemacht haben.«²⁶

Auf der anderen Seite und nicht minder irritierend ist die in der Entschließung zum Ausdruck kommende Gleichsetzung von Straftaten, die »vor und nach 1945 begangen« worden seien. Auch die hier suggerierte Vergleichbarkeit von nationalsozialistischer Vernichtungspolitik und Kriegsverbrechen mit der alliierten Besatzungspolitik stellte eine Grenzüberschreitung dar, die einerseits einer Relativierung bzw. Banalisierung der NS-Verbrechen Vorschub leistete und andererseits Feindseligkeiten gegenüber den Alliierten als den fremden Besatzern im eigenen Land beförderte. Bei dem Parteitagsbeschluss handelte es sich auch nicht um eine einmalige Taktlosigkeit, sondern

- 22 Aus einem Vortrag Grimms, gehalten am 17.5.1950 in der Evangelischen Akademie Bad Boll, Landeskirchliches Archiv Hannover (LKAH), L 3 III Nr. 445, S. 7.
- 23 Entschließungen des Landesparteitages in Münster vom 20.-22.7.1951, abgedruckt in: Rundschreiben Nr. A/18/51, AdL, Bestand FDP-LV NRW, Landesparteitag, 26713.
- 24 Gerhard Papke: Liberale Ordnungskraft, nationale Sammlungsbewegung oder Mittelstandspartei? Die FDP-Landtagsfraktion in Nordrhein-Westfalen 1946-1966. Düsseldorf 1998, S. 159.
- 25 Decker (wie Anm. 1), S. 52.
- 26 Sitzung des Bundesvorstandes vom 19.9.1951. In: FDP-Bundesvorstand 1949-1952 (wie Anm. 17), Nr. 14a, S. 258.

um ein bewusst eingesetztes Stilmittel. So ist etwa in dem von Middelhaue im Juli 1952 vorgelegten Deutschen Programm²⁷, dem Manifest der Nationalen Sammlung, im Zusammenhang mit der Besatzungszeit von »Deutschlands tiefste[r] Erniedrigung«, von »Leid«, von »bitteren Enttäuschungen« und »Diffamierungen« die Rede, ebenso von »Kräften, die aus der deutschen Niederlage Vorteil ziehen« würden. Die nur wenig verschleierte Anklage an die Adresse der Besatzungsmächte gipfelt in der Forderung nach einer »Wiedergutmachung des Unrechts, des Nationalsozialismus, Siegerwillkür und Entnazifizierung schufen. Wir sagen uns los von den Urteilen der Alliierten, mit denen unser Volk und insbesondere sein Soldatentum diskriminiert werden sollten.« In nuce lassen sich hier gewisse Charakteristika rechtspopulistischer Ansprachen nachweisen – darunter etwa der Appell an ein Entrechtetenbewusstsein, die Stilisierung des Volkes zu einer Art Opfergemeinschaft oder die verschwörungstheoretisch aufgeladene Benennung eines vermeintlichen Gegners bzw. Verursachers für das immer wieder beschworene »Unrecht«.

In der ebenfalls im Deutschen Programm zu findenden Anrufung des »Deutschen Reich[es] als der überlieferten Lebensform unseres Volkes« verbindet sich wiederum eine bewusste Überschreitung der politischen Korrektheit mit einem weiteren Merkmal des Rechtspopulismus, nämlich seine »romantisierende Verklärung früherer Zustände«²⁸ sowie die aus antimodernen Affekten gespeiste »Überhöhung der kollektiven Identität und Gemeinschaftlichkeit.«²⁹ Eine enge, auch emotionale Bindung an die Reichsidee findet sich in den Äußerungen zahlreicher Liberaler aus der unmittelbaren Nachkriegszeit, so etwa auch bei Theodor Heuss.³⁰ Doch während Heuss angesichts der sich abzeichnenden Weststaatsgründung für eine Neuausrichtung des politischen und mentalen Koordinatensystems eintrat, es als die Aufgabe seiner Generation ansah, »den Deutschen den billigen Nationalismus abzugewöhnen« und eine Rückbesinnung »zum Maß, zum Gemäßen«³¹ postulierte, stellte sich ein solches Umdenken bei Friedrich Middelhaue nicht ein. Vielmehr gerieten die ungleichen Parteifreunde im Gründungsprozess der Bundesrepublik in Grundsatzfragen aneinander, so auch in der Beurteilung des Reichsbegriffs. Auf eine Klage Middelhauves gegenüber Heuss als dem Vorsitzenden der

27 »Aufruf zur nationalen Sammlung – Das Deutsche Programm«, abgedruckt in: Peter Juling: Programmatische Entwicklung der FDP 1946 bis 1969. Einführung und Dokumente. Meisenheim am Glan 1977, S. 120-124. Die nachfolgenden Zitate sind dort entnommen.

28 Decker (wie Anm. 1), S. 28.

29 Rensmann (wie Anm. 18), S. 64.

30 Vgl. Jürgen C. Heß: »Machtlos inmitten des Mächtspiels der anderen...«. Theodor Heuss und die deutsche Frage 1945-1949. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 33 (1985), S. 88-135, hier: S. 100 f.

31 Zit. nach Peter Krüger: Liberalismus und Nation – Die Haltung der FDP im Parlamentarischen Rat. In: JzLF 11 (1999), S. 199-212, hier: S. 209 f.

liberalen Fraktion im Parlamentarischen Rat, dass der »Verzicht unserer Fraktion in Bonn auf die Bezeichnung ‚Deutsches Reich‘ [...] vom Landesverband Nordrhein-Westfalen schmerzlich empfunden worden«³² sei, reagierte jener mit einer Lehrstunde, die in dem Satz mündete: »Der historische und symbolische Begriff ‚Reich‘ ist mit der Geschichtslage, in der wir stehen und in die wir treten, nicht vereinbar.«³³ Gegenüber einem niedersächsischen Parteifreund wies Heuss den Begriff des Reiches zudem als »geschichtlich etwas zu stillos«³⁴ zurück. Doch gerade das, was aus staatspolitischen Gründen als Stillosigkeit gelten konnte, erwies sich als besonders geeignet zur »Emotionalisierung der politischen Auseinandersetzung«³⁵ sowie zur Mobilisierung einer in überkommenen nationalen Denkmustern befangenen Wählerschaft. Auf diese Notwendigkeit wies Middelhaue parteiintern bereits Ende April 1947 hin: »Wir müssen das Nationale betonen. Nicht, dass wir nationalistisch sein sollten, sondern vielmehr wollen wir den Gedanken des Deutschseins in Zukunft mehr herausstellen. Das muss vor allen Dingen durch unsere Redner, die Presse und unsere Parteispitzen geschehen.«³⁶

Angesichts des hier gewählten Interpretationsansatzes scheint ein Blick auf das historische Umfeld jener Aussage aufschlussreich. Wenige Tage zuvor, am 20. April 1947, hatte die nordrhein-westfälische FDP mit lediglich 5,9 % ein als verheerend empfundenes Ergebnis bei den ersten Landtagswahlen eingefahren. Die Wende sollte durch einen Strategiewechsel eingeleitet werden, dessen Motivation sich zu einem Gutteil auch aus dem spezifischen Gepräge der nordrhein-westfälischen Parteienlandschaft speiste. Die dortigen Christdemokraten vertraten innerhalb des heterogenen Spektrums der CDU-Landesverbände den linken Flügel der Partei. Sympathien für einen »Christlichen Sozialismus«³⁷ verbanden sich mit einer Kapitalismuskritik, deren Argumentationskern die negativen Erfahrungen des Nationalsozialismus bildeten. Folge dieses ideellen Amalgams waren auf wirtschaftlichem Gebiet etwa Forderungen nach einem starken Staat mit umfassenden Kontrollbefugnissen

32 Middelhaue an Heuss, 3.11.1948, Bundesarchiv Koblenz (BArch), Nachlass Heuss, N 1221/88.

33 Heuss an Middelhaue, 9.11.1948, ebd.; abgedruckt in: Theodor Heuss. Erzieher zur Demokratie. Briefe 1945-1949. Herausgegeben und bearbeitet von Ernst Wolfgang Becker. München 2007, Nr. 156, S. 421-425, hier: S. 421.

34 Heuss an den Oberbürgermeister von Göttingen, Hermann Föge (FDP), 19.7.1949. In: Ebd., Nr. 211, S. 516.

35 Oliver Geden: Diskursstrategien im Rechtspopulismus. Freiheitliche Partei Österreichs und Schweizerische Volkspartei zwischen Opposition und Regierungsbeteiligung. Wiesbaden 2006, S. 22.

36 Protokoll über die Sitzung des Landesausschusses des Landesverbandes Nordrhein am 28.4.1947. In: Politischer Liberalismus in der britischen Besatzungszone 1946-1948. Führungsorgane und Politik der FDP. Eingeleitet von Lothar Albertin. Bearbeitet von Hans F. W. Gringmuth in Verbindung mit Lothar Albertin. Düsseldorf 1995, Nr. 29, S. 163.

37 Vgl. Rudolf Uertz: Christentum und Sozialismus in der frühen CDU. Grundlagen und Wirkungen der christlich-sozialen Ideen in der Union 1945-1949. Stuttgart 1981.

sowie eine prinzipielle Offenheit gegenüber Sozialisierungsmaßnahmen und weitreichenden Mitbestimmungsrechten, parteipolitisch eine grundsätzliche Kooperationsbereitschaft mit der Sozialdemokratie. Aufgrund jener Positionen der CDU sah Middelhauve die rechte politische Flanke in Nordrhein-Westfalen so offen, dass er sich durch eine bewusst nationale, populistischere Außendarstellung den Ausweg aus der Krise und den Durchbruch zur dritten Kraft erhoffte. Die Partei, so Middelhauve, solle künftig weniger von ihrem Wirtschaftsprogramm reden, da sie sonst »leicht in den Geruch geraten« könne, »nur die Arbeitgeber-Interessen [zu] vertreten«.³⁸ Die Zusammensetzung der neuen Landesregierung erleichterte den Liberalen von Rhein und Ruhr die geplante Neuausrichtung. Die FDP entschied sich als einzige Partei gegen eine Beteiligung am ersten Kabinett des Ministerpräsidenten Karl Arnold, an der folglich Vertreter von CDU und SPD, Zentrumsparterie und KPD mitwirkten.

4. *Die Nationale Sammlung – eine reformistische Anti-Parteien-Bewegung zur Herbeiführung einer »Führungsdemokratie«*

In der Regel werden rechtspopulistische Losungen aus der Opposition heraus erhoben, hängt doch deren Glaubwürdigkeit maßgeblich von einem – verbal zusätzlich gesteigerten – Gegensatz zum politischen Standpunkt der regierenden Parteien ab. Seine Bestätigung findet diese These darin, dass die Übernahme von Regierungsverantwortung durch eine rechtspopulistische Partei sowie die damit einhergehende Domestizierung ihres politischen Auftretens zumeist mit einem Vertrauensverlust innerhalb der eigenen Anhängerschaft verbunden ist. Doch die Oppositionsstellung rechtspopulistischer Parteien ist noch aus anderen Gründen eine geradezu unabdingbare Voraussetzung für deren Erfolg. Erst in sichtbarer Gegenstellung zu den staatstragenden Parteien können sie sich nicht nur in programmatischen Fragen durch ihre »Vorliebe für radikale Lösungen«³⁹, sondern auch strukturell als eine Art Anti-Parteien-Partei von der politischen Konkurrenz absetzen und ihre Vorbehalte gegenüber einem pluralen Parlamentarismus glaubhaft machen. Die klare und deutlich zu betonende Abgrenzung zum Rechtsextremismus besteht darin, dass dieser in »Feindschaft gegenüber dem politischen System als solchem« steht und »die Beseitigung einer offenen Gesellschaft, des liberalen Rechtsstaates und der parlamentarischen Demokratie«⁴⁰ anstrebt, während das populistische

38 Protokoll (wie Anm. 36), S. 162 f.

39 Decker (wie Anm. 1), S. 51.

40 Kohlstruck (wie Anm. 14), S. 224.

»Demokratieverständnis [...] eher reformistisch denn ‚systemoppositionell‘«⁴¹ ist. So wendet sich der Rechtspopulismus gegen einzelne Institutionen und Abläufe der parlamentarischen Demokratie, während er andererseits etwa den »Einsatz von Plebisziten und die Stärkung präsidentieller Systemelemente mit verringerten Einschränkungen durch Formen der Gewaltenteilung«⁴² befürwortet.

Die Parallelen zum Forderungskatalog sowie zur Selbstdarstellung der von Middelhaue erdachten Nationalen Sammlung sind geradezu frappierend. So postulierte das Deutsche Programm noch über drei Jahre nach Inkrafttreten des Grundgesetzes, dass an der Spitze des Staates als »unparteiischer Repräsentant des ganzen deutschen Volkes« ein direkt vom Volk gewählter Präsident zu stehen habe, der das Recht zur Auflösung des Parlamentes sowie zur Ernennung und Entlassung der Regierung haben sollte. Im angestrebten »Deutschen Reich«, das »als dezentralisierter Einheitsstaat« in bewusstem Gegensatz zur föderalen Bundesrepublik konstruiert sein sollte⁴³, sei darüber hinaus »kein Raum für eine Vielzahl von Regierungen und Parlamenten.« Stattdessen sollte eine mit eingeschränkten legislativen Rechten ausgestattete, ständisch geprägte Zweite Kammer eingerichtet werden, in der sich »Persönlichkeiten des kirchlichen, kulturellen, wirtschaftlichen und sozialen Bereichs und der landschaftlichen Selbstverwaltungen«⁴⁴ versammeln würden. Auf den Vorwurf, dass im Deutschen Programm die Worte Demokratie bzw. demokratisch nicht einmal erwähnt seien, entgegnete Middelhaue sinngemäß, dass ein solcher Verweis »unwichtig« sei, da es »auf den Geist des Programms« ankomme, und »dass dieser demokratisch sei, gehe schon daraus hervor, dass man [...] großen Wert auf ein Volksbegehren gelegt habe«.⁴⁵ Da sich all jene Überlegungen schon im Programm der Deutschen Aufbauartei finden, die Middelhaue im Oktober 1945 in Opladen gegründet hatte, und somit ihre geistige Urhebererschaft unzweifelhaft ist, lohnt es sich, das Demokratieverständnis Middelhaues etwas genauer zu betrachten.

Die politische Bühne betrat der von der bündischen Jugend geprägte Middelhaue im Juli 1930 mit seinem Beitritt zur neu geschaffenen Deutschen Staatspartei, die zunächst als ein Wahlbündnis zwischen der linksliberalen

41 Rensmann (wie Anm. 18), S. 67.

42 Ebd., S. 68 f.

43 Noch im Jahr 1954 forderte Middelhaue, dass »der Föderalismus [...] mit Stumpf und Stiel ausgerottet werden« müsse. Zit. n. Friedrich Keinemann: Von Arnold zu Steinhoff und Meyers. Politische Bewegungen und Koalitionsbildungen in Nordrhein-Westfalen 1950-1962. Münster 1973, S. 48 f.

44 »Aufruf« (wie Anm. 27).

45 So Middelhaue im Februar 1953 in einem Hintergrundgespräch mit einem Gewährsmann des Hauptstadtdjournalisten Robert Strobel, Archiv des Instituts für Zeitgeschichte, München (IfZ-Archiv), Sammlung Dr. Robert Strobel, ED 329/5, Informationsbericht vom 18.2.1953.

Deutschen Demokratischen Partei (DDP) und der »bündisch-populistischen«⁴⁶ Parteigliederung des Jungdeutschen Ordens ins Leben gerufen wurde. Durch die Integration der »jungen straffen Kräfte« jenes autoritär geführten und antidemokratisch organisierten Ordens erhoffte sich Middelhaue, wie er rückblickend zu verstehen gab, eine Modernisierung der verkrusteten Parteistrukturen sowie die Möglichkeit, »sich aus Kompromissen und Koalitionen herauszulösen, die sich als Belastungen immer mehr erwiesen« hätten.⁴⁷ Im Manifest der Staatspartei schlug sich der jungdeutsche Einfluss in der Tat nieder, so etwa »in der schonungslosen Kritik an den ‚Schäden des bisherigen parteiistischen Systems‘«. ⁴⁸ Doch auch überkommene liberale Ressentiments gegenüber einem »absoluten«, parteienstaatlichen Parlamentarismus sowie eine Befangenheit in etatistischen, konstitutionalistischen Denkmustern führte bei zahlreichen Vertretern der Staatspartei dazu, den Ausweg aus der Krisensituation nach 1930 jenseits bzw. oberhalb von Parteien und Parlament zu suchen, nämlich bei einem souverän regierenden Reichspräsidenten.⁴⁹ Die Ähnlichkeit zwischen den Staatsordnungsplänen aus den Krisenjahren der Weimarer Republik und den Middelhaueschen Vorschlägen zur politischen Neugestaltung Deutschlands nach 1945 bzw. 1949 sind evident. Der promovierte Germanist und schöngestig veranlagte Liberale⁵⁰ blieb auch nach Ende des Zweiten Weltkrieges von einer elitären Skepsis gegenüber den Erscheinungsformen der pluralistischen, repräsentativen Massendemokratie beseelt. Die Verwirklichung des in der Weimarer Reichsverfassung und im Grundgesetz kodifizierten Grundsatzes »Die/Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus« hielt Middelhaue, wie er in einer Sitzung des FDP-Landesausschusses vom 21. August 1952 deutlich machte, nicht nur für »gewagt«, sondern in der Situation der frühen Bundesrepublik geradezu für »gefährlich«; dies bedürfe »keiner Frage, wenn wir wissen, wie kritiklos heute die

46 Thomas Mergel: *Parlamentarische Kultur in der Weimarer Republik. Politische Kommunikation, symbolische Politik und Öffentlichkeit im Reichstag*. Düsseldorf 2002, S. 420.

47 Lebenslauf Middelhaues vom 1.8.1949, LAV NRW R, Nachlass Middelhaue, RWN 172/394, pag. 4 f.

48 Erich Matthias/Rudolf Morsey: *Die Deutsche Staatspartei*. In: Dies. (Hrsg.): *Das Ende der Parteien 1933*. Düsseldorf 1960, S. 31-97, hier: S. 33.

49 Vgl. ebd., S. 39 ff.; Jürgen C. Heß: *Wandlungen im Staatsverständnis des Linksliberalismus der Weimarer Republik 1930 bis 1933*. In: Karl Holl (Hrsg.): *Wirtschaftskrise und liberale Demokratie. Das Ende der Weimarer Republik und die gegenwärtige Situation*. Göttingen 1978, S. 46-88; Stefan Grüner: *Zwischen Einheitssehnsucht und pluralistischer Massendemokratie. Zum Parteien- und Demokratieverständnis im deutschen und französischen Liberalismus der Zwischenkriegszeit*. In: Horst Möller/Manfred Kittel (Hrsg.): *Demokratie in Deutschland und Frankreich 1918-1933/40. Beiträge zu einem historischen Vergleich*. München 2002, S. 219-249; Elke Seefried, Einleitung. In: Theodor Heuss. *In der Defensive. Briefe 1933-1945*, hrsg. und bearbeitet von Elke Seefried. München 2009, S. 15-70, hier: S. 24 f.

50 Als »nebenberuflicher« Verlagsinhaber entdeckte Middelhaue beispielsweise im zerstörten Köln der Nachkriegszeit den mittellosen und noch gänzlich unbekannten Heinrich Böll und verlegte dessen erste Werke.

Mehrheit ist. Und wie sehr wir gerade in Deutschland parteigebunden – parteibefangen denken.«⁵¹ Seine grundsätzlichen Vorbehalte gegenüber Parteien ließen Middelhaue wiederholt darüber nachdenken, »welche Staatsform [...] an die Stelle der parlamentarischen Demokratie« gesetzt werden könne – mit dem Ergebnis, dass einzig ein Präsidialsystem im Sinne einer »starken Führungsdemokratie« einen Schutz vor den vermeintlichen Gefährdungen einer repräsentativen Demokratie biete. Wie Middelhaue bei der Vorlage des Deutschen Programms vor dem Landesparteitag in Bielefeld ausführte, könne eine Demokratie seiner Meinung nach »nur dann von Bestand und gestalten-der Kraft sein, wenn sie Führungskräfte nicht nur entwickelt und anerkennt, sondern sich diesen Führungskräften auch beugt«.⁵²

Vor diesem Hintergrund erscheint es nahezu folgerichtig, dass Middelhaue das Deutsche Programm explizit nicht als das Programm einer bestimmten Partei verstanden wissen wollte, schließlich gehe es »nicht um die FDP oder irgendeine andere Partei oder Gruppe, sondern es geht um Deutschland«.⁵³ Es gelte, durch ein »Mindestprogramm nationaler Notwendigkeiten« insbesondere »die noch abseits stehenden Millionen politisch zu interessieren«. Einen »Zuwachs von wertvollen Kräften« erhoffte sich Middelhaue vor allem aus der »große[n] Gruppe ehemaliger Soldaten, früherer Angehöriger der NSDAP und vor allem früherer Mitglieder der Jugendorganisationen des ‚Dritten Reiches‘«, die »zunächst gesetzlich daran verhindert [waren], aktiv oder passiv am politischen Leben teilzunehmen«.⁵⁴ Es dürfte auch diesem Personenkreis geschuldet sein, dass man den Parteinamen FDP im Deutschen Programm ebenso vergeblich sucht wie einen Verweis auf das Begriffsfeld »liberal/Liberalismus«.

Wiederum lassen sich erste Hinweise auf eine Anti-Parteien-Mentalität bereits im Gründungsaufwurf der Deutschen Aufbauarbeit von 1945 feststellen, die es zum Ziel erhoben hatte, »sich im Dienste am Volksganzen zu bewähren«, und »in ihren Reihen eigensüchtige Parteiziele nicht zulassen und sie in ehrlichem Wettbewerb mit anderen Parteien nachdrücklich bekämpfen«⁵⁵ werde. Eine gewisse Verwandtschaft mit dem Parteienverständnis des Populismus lässt sich kaum leugnen. Auch dort verfolgen Parteien lediglich Einzelinteressen einer Minderheit, »sabotieren die Vorstellung eines einheitlichen Volkswillens und unterlaufen als intermediäre Vermittlungsinstanzen die Prinzipien der direkten Demokratie«.⁵⁶ Ideologische Vorbehalte wie diese bleiben indes nicht ohne Rückwirkung auf die Organisationsstruktur

51 Hier und nachfolgend zit. n. dem Tonbandprotokoll der Sitzung vom 21.8.1952, LAV NRW R, Nachlass Middelhaue, RWN 172/233, pag. 31.

52 Rede Middelhaues vom 25.7.1952, AdL, Bestand FDP-LV NRW, Landesparteitag, 26714.

53 Ebd.

54 Ebd.

55 Aufruf abgedruckt in: Politischer Liberalismus (wie Anm. 36), Nr. 3, S. 7.

56 Decker (wie Anm. 1), S. 49.

rechtspopulistischer Parteien. In Abgrenzung zum herkömmlichen politischen Establishment wird oftmals auf die Selbstbezeichnung als »Partei« verzichtet, der Bewegungsscharakter hingegen betont sowie die zumeist wenig demokratische Organisation ganz auf die Person eines Anführers an der Spitze ausgerichtet.⁵⁷ Hinzu kommt vielfach eine »enge Verbindung mit außerparlamentarisch agierenden Gruppierungen«.⁵⁸

Auch in diesen Punkten drängen sich Vergleiche zur Nationalen Sammlung auf. Allein ihre Namengebung ist kein Zufall. In jener »Sammlung« sollten sich sowohl schon bestehende Parteien als auch halb- oder vopolitische Organisation zu einer neuen Bewegung zusammenfinden, die sich – nach Middelhauescher Denkart – einerseits vom ‚klerikalen‘, andererseits vom ‚marxistischen‘ Block absetzen sollte. Der FDP kam in dieser Konzeption einzig und lediglich die Rolle eines Kristallisationszentrums der neuen Sammlungsbewegung zu. »Ihn interessiere die Partei als Sache nicht«, so äußerte sich Middelhaue Ende Januar 1952 im Landesausschuss; »ihn interessiere nur, dass wir aus einer richtigen politischen Konzeption ein leistungsfähiges Staatssystem entwickelten. Die Partei sei nicht Selbstzweck, sondern ausschließlich Mittel zum Zweck.«⁵⁹

Ausgehend von diesem utilitaristischen Verhältnis zu seiner eigenen Partei hatte Middelhaue seit der Übernahme des Landesverbandsvorsitzes im August 1947 damit begonnen, die NRW-FDP sowohl inhaltlich als auch organisatorisch auf seinen Kurs zu bringen. Die hierbei angewandten Methoden provozierten unter den Gegnern der Nationalen Sammlung, die zunächst politisch isoliert und dann entmachtet werden sollten, immer wieder Vergleiche mit der jüngsten Vergangenheit. Die NRW-FDP entwickle sich mehr und mehr zu einer »Führerpartei« bzw. »Führungspartei« und beschwöre geradezu einen »Vergleich mit der NSDAP«⁶⁰ herauf. Mitgliederversammlungen glichen »eher einer SA-Radauversammlung als einer ernsten Veranstaltung einer demokratischen Partei«.⁶¹ Auch der Vorsitzende der Bundespartei, Vizekanzler Franz Blücher, scheute bei einer Charakterisierung jenes Prozesses, der zu »einer Denaturierung der FDP« geführt habe, nicht vor einem historischen Vergleich zurück: Er beklagte in der NRW-FDP eine »Störung der demokratischen Ordnung durch eine von der Diktatur der Parteibürokratie gesteuerte Wählerbeeinflussung« sowie den Willen der dortigen Parteifüh-

57 Vgl. ebd., S. 29; 48-50; Hartleb (wie Anm. 18), S. 116 f.

58 Geden (wie Anm. 35), S. 22.

59 Protokoll über die Sitzung des Landesausschusses am 30.1.1952, LAV NRW R, Nachlass Middelhaue, RWN 172/223, S. 13.

60 So der Wuppertaler FDP-Kreisvorsitzende und Bundestagsabgeordnete Carl Wirths in der Sitzung des FDP-Landesausschusses vom 30.1.1952, AdL, Bestand FDP-LV NRW, Landesausschuss, 26898, S. 4.

61 Kurt Blankenburg, FDP-Stadtrat in Duisburg, an Thomas Dehler, 9.4.1953, AdL, Bestand Kurt Blankenburg, N9.

rung, »die unbedingte Mehrheit mit nationalsozialistischen Mitteln und ohne Rücksicht auf Mitgliederzahlen und erreichte Wählerstimmen«⁶² zu sichern. Worauf gründeten nun jene drastischen Vorwürfe? Auf Veranlassung Middelhaues und umgesetzt vom nordrhein-westfälischen Hauptgeschäftsführer Wolfgang Döring etablierte sich im Landesverband ein System von sogenannten Außendienstgeschäftsführern⁶³, deren Aufgabe es war, in den einzelnen Bezirks- und Kreisverbänden die dortige politische Entwicklung zu beobachten und darüber mehrmals wöchentlich, schriftlich wie mündlich, der Parteizentrale in der Düsseldorfer Sternstraße zu berichten, um Kritiker des nationalen Sammlungskurses ausfindig zu machen und gegebenenfalls Vorschläge für deren Absetzung zu unterbreiten. Zum Leidwesen der entmündigten Kreisverbände griffen jene Außengeschäftsführer, die einzig der Landesverbandsführung gegenüber verpflichtet waren, mehr und mehr auch in das operative Geschäft ein. Die infolge der »Naumann-Affäre« eingerichtete parteiinterne Untersuchungskommission musste somit auch dem Vorwurf nachgehen, dass im Landesverband »mit Hilfe des Funktionärskorps ein ausgeklügeltes System zur Überwachung der nachgeordneten Parteiverbände und ihrer Vorsitzenden durch Beauftragte des Landesverbandsvorstandes durchgeführt worden sei, dass eine Art Spitzelunwesen, wie es früher den Parteiapparat der NSDAP auszeichnete, geherrscht habe und dass dadurch ein lebendiges politisches Leben erstickt worden sei. Es erscheint unerfreulich, dass ein richtiger Nachrichten- und Abwehrdienst im Landesverband eingerichtet worden ist.«⁶⁴ Die angewandten Methoden werden in ihrer Fragwürdigkeit noch durch den Umstand verstärkt, dass jene Angestellten (!) der Geschäftsstelle fast ausnahmslos ehemalige Angehörige der NSDAP, der SS oder der HJ waren.

Die Absicht, die FDP durch eine Transformation zu einer Nationalen Sammlung vor dem Schicksal der Deutschen Staatspartei zu bewahren, ließen die Landesverbandsführung ganz offensichtlich zu Mitteln greifen, die eine Gefährdung für die innerparteiliche Demokratie sowie für die liberale Substanz des Landesverbandes darstellten. Dass Middelhaue etwa das Deutsche Programm nicht nach demokratischen Gepflogenheiten von den zuständigen Parteigremien erarbeiten und in den Kreisverbänden beraten, sondern unter seiner Federführung von einem geheimen Zirkel persönlicher Vertrauens-

62 Blücher an Hans Wellhausen, 22.6.1953, BArch, Nachlass Blücher, N 1080/256, pag. 59.

63 Vgl. Arbeitsanweisung für Außendienstgeschäftsführer, LAV NRW R, Bestand FDP-Kreisverband Wuppertal, RW 60/57, pag. 140 ff. Dazu ausführlich: Ralph Schleimer: Demokratiegründung und Parteipolitik. Die nordrhein-westfälische FDP in der Vor- und Frühgeschichte der Bundesrepublik. In: Geschichte im Westen 13 (1998), S. 7-39, hier: S. 13 ff.; Buchna (wie Anm. 8), S. 75 ff.

64 Abschlussbericht des parteiinternen Untersuchungsausschusses zur Aufklärung der Verhältnisse im nordrhein-westfälischen Landesverband der FDP infolge der Naumann-Affäre, 5.6.1953, LAV NRW R, Nachlass Middelhaue, RWN 172/2, S. 16.

leute, die vornehmlich eine prominente NS-Vergangenheit hatten⁶⁵, formulieren und prüfen ließ, entsprach ebenso seinem Verständnis von der Rolle eines Parteivorsitzenden innerhalb einer »Führungsdemokratie« wie die gleichfalls geheim geführten Fusionsverhandlungen mit einer Reihe von konservativen bis radikal nationalistischen Vereinigungen und Parteien zur Herbeiführung der Nationalen Sammlung.⁶⁶ Middelhaue betrachtete die NRW-FDP als »Kerntruppe«⁶⁷ der Partei, an dessen Spitze er auch deutschlandweit in absehbarer Zeit die ihm vorschwebende Sammlung durchführen wollte. Überhöhte Angaben der Mitgliederzahlen sowie die Benennung von linientreuen Delegierten statt einer eigentlich vorgesehenen Wahl sollten auf den Bundesparteitagen der FDP zu einem quantitativen Übergewicht der Anhänger des Rechtskurses führen, was Middelhaue im November 1952 immerhin die Wahl zum stellvertretenden Bundesvorsitzenden der FDP einbrachte. Einen Monat zuvor soll er in vertraulicher Runde prophezeit haben: »Mit der FDP, wie sie bisher war, ist es zu Ende. Ein Landesverband nach dem anderen schließt sich mir an.«⁶⁸

In der Forschung besteht kaum ein Zweifel daran, dass die Aufdeckung des Naumann-Kreises samt seiner Querverbindungen zur nordrhein-westfälischen FDP den entscheidenden Beitrag zur irreversiblen Diskreditierung sowohl des nationalen Sammlungskonzeptes als auch seines vordersten Protagonisten leistete.⁶⁹ Middelhaues beharrliche Verweigerungshaltung bei der innerparteilichen Aufklärungsarbeit führte zu einem kaum wiedergutzumachenden Ansehens- und auch Machtverlust innerhalb der FDP. Doch auch mittels Analyse der Nationalen Sammlung als eines Versuches zur Etablierung einer rechtspopulistischen Bewegung lassen sich inhärente Gefahren und Grenzen des Politikkonzeptes Middelhaues aufzeigen. Rechtspopulistische Bewegungen neigen gerade in der Bundesrepublik dazu, »eine unwiderstehliche Sogwirkung auf Gruppierungen und subkulturelle Milieus im rechtsextremen Lager aus[zuj]üben. Selbst gemäßigte Vertreter des Rechtspopulismus sind nicht davor gefeit, durch rechtsextreme Personen und Gruppen unterwandert zu werden, die auf diese Weise aus der politischen Isolierung hinaustreten wollen.«⁷⁰ Nun vermag der Begriff der Unterwanderung die Verhältnisse des

65 Zum Autorenkreis vgl. Buchna (wie Anm. 8), S. 113-118.

66 Vgl. ebd., S. 121-126.

67 Protokoll der Landesausschusssitzung vom 6.1.1953, AdL, Bestand FDP LV NRW, Landesausschuss, 26899.

68 Zit. n. Abschlussbericht (wie Anm. 64), S. 12.

69 Vgl. Jörg Michael Gutscher: Die Entwicklung der FDP von ihren Anfängen bis 1961. Königstein im Taunus 1984, S. 151 u. 159; Ulrich Herbert: Best. Biographische Studien über Radikalismus, Weltanschauung und Vernunft – 1903-1989. Bonn 1996, S. 469 f.; Papke (wie Anm. 24), S. 173; Frei (wie Anm. 19), S. 393 f.

70 Frank Decker/Florian Hartleb: Populismus auf schwierigem Terrain. Die rechten und linken Herausfordererparteien in der Bundesrepublik. In: Decker (wie Anm. 11), S. 191-215, hier: S. 202.

nordrhein-westfälischen Landesverbandes kaum angemessen zu umschreiben, setzt er doch das Unwissen bzw. den Unwillen des Unterwanderten durch ungewollte »Elemente« voraus. Middelhaue selbst wusste aber sogar öffentlich, im »Industriekurier« vom 7. Februar 1953, davon zu berichten, dass »in den Kreisen und Bezirken der FDP schon tausende frühere Nationalsozialisten gleichberechtigt und freudig« mitarbeiteten. Und auch parteiinterne Entscheidungen lassen Zweifel an einer Unterwanderungs-These aufkommen. Mit Wolfgang Diewerge hatte Middelhaue einen der perfidesten antisemitischen Propagandisten des »Dritten Reiches« zu seinen persönlichen Sekretär gemacht, dessen in millionenfacher Auflage gedruckte Hetzschriften zur geistigen Einstimmung auf den Holocaust beigetragen hatten. Als Rechtsberater des FDP-Landesverbandes fungierte Werner Best, der ehemalige Stellvertreter Reinhard Heydrichs beim Sicherheitsdienst des Reichsführers-SS (SD). Prominente ehemalige Nationalsozialisten wie der ehemalige Goebbels-Staatssekretär Werner Naumann oder der frühere Leiter der Rundfunkabteilung im Propagandaministerium, Hans Fritzsche, erhielten das Deutsche Programm zur Begutachtung, noch bevor es (ohne vorherige Ankündigung) den Delegierten des Landesparteitages handstreichartig zur Verabschiedung vorgelegt wurde. Diese Aufzählung ließe sich beliebig fortsetzen. Ob personelle Querverbindungen zum rechtsextremen Witikobund, Zusammenarbeit mit der als legitime Nachfolgerin der HJ auftretenden Wiking-Jugend oder das Buhlen um die Gunst der »Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit der ehemaligen Waffen-SS« (HIAG) – all dies vollzog sich in Kenntnis bzw. auf Betreiben der Führungsspitze der NRW-FDP.⁷¹ Doch Middelhaue musste im Laufe des Jahres 1953 erkennen, dass das nahezu schrankenlose Ausgreifen auf Personen und Gruppierungen, die als rechtsextrem einzustufen sind, von der Öffentlichkeit trotz einer weit verbreiteten »Schlussstrich«-Mentalität als eine nicht zu akzeptierende Grenzüberschreitung angesehen wurde und somit von Beginn an den Keim des Scheiterns in sich trug.

Eine quasi »natürliche« Limitierung der Zugkraft der Nationalen Sammlung ist darüber hinaus in der Person ihres Initiators zu erblicken. Jede populistische Bewegung ist in unterschiedlich hohem Maße auf eine rhetorisch begabte, medial inszenierbare, charismatische Führerfigur angewiesen, die als Projektionsfläche der Hoffnungen ihrer Anhängerschaft fungiert und der – nach Weberscher Definition – »eine als außeralltäglich [...] geltende Qualität«⁷² zugeschrieben werden kann.⁷³ Der hohe Grad an Personalisierung jener

71 Vgl. Buchna (wie Anm. 8), S. 86 f.; 177; 119 f.; 132.

72 Max Weber: *Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriss der verstehenden Soziologie*. Tübingen 1980, S. 140.

73 Vgl. Roger Eatwell: *Charisma and the Revival of the European Extreme Right*. In: Jens Rydgren (Hrsg.): *Movements of Exclusion. Radical Right-Wing Populism in the Western World*. New York 2005, S. 101-120; Kohlstruck (wie Anm. 14), S. 222 f.; Spier (wie

»Herrschaftsform« wirkt sich auch auf deren Stabilität aus: »Kommt der Führer abhanden oder büßt er seine Machtbasis ein, so droht die Bewegung als ganze zusammenzuberechnen.«⁷⁴

Auch wenn sich Middelhaue in seinen Reden und Äußerungen zahlreicher (rechts-)populistischer Stilmittel⁷⁵ bediente – etwa in der Verwendung von biologistischen Metaphern bzw. Bildern aus dem Begriffsfeld von Gewalt und Kampf, oder in der emotionalisierenden Beschwörungen eines dichotomen Weltbildes, in dem links der Mitte der politische Feind, rechts davon der potentielle Bundesgenosse im Kampf gegen eben jenen stehe –, zu einem charismatischen Führer fehlten ihm qua Vita, Talent und physischer Veranlagung schlicht die Voraussetzungen. Seine akademische Herkunft, sein elitäres Selbstverständnis, seine liberale Prägung in der Weimarer Republik, seine fehlende Biographie als Wehrmachtssoldat oder Nationalsozialist – all dies prädestinierte Middelhaue zu einem Mann des politischen Neuaufbaus nach 1945, aber es machte eine auch emotional begründete, wechselseitige Bindung zwischen ihm und seiner Hauptzielgruppe der einstigen Angehörigen von Wehrmacht, HJ und NSDAP nahezu unmöglich. Entsprechend ironisch bis spöttisch wurde unter den Parteimitarbeitern aus eben diesen Kreisen über den »großen Friedrich Middelhaue«⁷⁶ gesprochen. Nicht die Person wirkte auf viele »Ehemalige« anziehend, sondern die von ihr vertretenen Ziele, die Möglichkeit der begrenzten politischen Einflussnahme sowie die Aussicht auf eine – nebenbei bemerkt gut bezahlte – Rückkehr aus der selbst gewählten oder erzwungenen Isolation. Auch das medial transportierte Bild von Middelhaue, das für eine charismatisch begründete Führerschaft von besonderer Bedeutung ist, lieferte kaum positive Identifikationsmöglichkeiten. Nicht zuletzt aufgrund seiner Fiselstimme galt Middelhaue als schlechter Redner, laut Süddeutscher Zeitung »ein farbloser Mann mit kalten, starren Augen hinter einer dicken Brille«.⁷⁷ Im Vergleich mit seinen innerparteilichen Konkurrenten fiel Middelhaue nach Einschätzung der Westdeutschen Allgemeinen Zeitung vom 27. November 1952 ebenfalls deutlich ab: »Ihm ermangelt sowohl die rednerische Brillanz Thomas Dehlers wie die Pathetik Blüchers; er

Anm. 11), S. 37 f.; Hartleb (wie Anm. 18), S. 121-123. Zum Konzept der charismatischen Herrschaft/Führerschaft vgl. Frank Möller: Zur Theorie des charismatischen Führers im modernen Nationalstaat. In: Ders. (Hrsg.): Charismatische Führer der deutschen Nation. München 2004, S. 1-18; Ann Ruth Willner: The Spellbinders. Charismatic Political Leadership. New Haven [u.a.] 1984.

74 Decker (wie Anm. 1), S. 50.

75 Vgl. ebd., S. 52.

76 So der ehemalige Goebbels-Pressereferent Carl Albert Drewitz, der in der Redaktion des Landesverbandsorgans »Die Deutsche Zukunft« in der Redaktion arbeitete, in einem Telefongespräch gegenüber Werner Naumann vom 11.1.1952, das von der britischen Besatzungsmacht abgehört und am 11.6.1953 in Auszügen in der Frankfurter Rundschau abgedruckt wurde.

77 Süddeutsche Zeitung vom 24.11.1952.

hat nicht die volkstümliche Wirkung Reinhold Maiers und wenig von dem ungehemmten Agitationstalent August Martin Eulers.« Auch spätere Ministerkollegen aus dem von 1954 bis 1956 amtierenden dritten Kabinett Arnold, dem Middelhaue als Wirtschafts- und Verkehrsminister angehörte, fanden keinen Zugang zu ihrem Kollegen. So bezeichnete ihn Artur Sträter, Minister für Bundesangelegenheiten, als »menschlich sehr schwierig«, eitel und humorlos. Wurden Kabinettsitzungen von Middelhaue als dem stellvertretenden Ministerpräsidenten geleitet, verliefen diese in jeder Hinsicht in geschäftsmäßiger Nüchternheit: Bei feierlichen Gelegenheiten, etwa dem Geburtstag eines Kabinettsmitglieds, wurde nicht einmal, wie unter Arnold üblich, ein Glas Wein gereicht.⁷⁸

Kurzum: Auf die Zugkraft der Aura eines charismatischen Führers durfte Friedrich Middelhaue nicht spekulieren. Umso mehr war er darauf bedacht, Mitstreiter für seinen politischen Kurs zu gewinnen, die rhetorisch wie biographisch »überzeugend« wirkten. Sein Festhalten an Mitarbeitern und Angehörigen des Landesverbandes, die sich aufgrund ihrer NS-Vergangenheit und ihrer Querverbindungen zum Naumann-Kreis als schwere Belastung für die FDP erwiesen haben – zu denken wäre hier etwa an Wolfgang Diewerge oder den Essener Liberalen und Rechtsanwalt Ernst Achenbach –, ist auch darauf zurückzuführen, dass die von ihm erdachte Sammlungsbewegung in hohem Maße auf die Überzeugungs- und Anziehungskraft von aktiv mitarbeitenden »Ehemaligen« angewiesen war.

5. *Deutsch-Österreichischer Exkurs: FDP – VdU – FPÖ*

Das Konzept der Nationalen Sammlung war nicht nur seinem Namen, sondern auch seiner Idee und seinem Anspruch nach darauf ausgerichtet, über die Grenzen Nordrhein-Westfalens hinaus zu expandieren. Bereits die Bundestagswahlen vom September 1953 sollten sich nach Vorstellung Middelhaues »unter gänzlich veränderten Konstellationen«⁷⁹ vollziehen. Diesem Zweck dienten auch die bereits erwähnten Fusionsverhandlungen, mit deren Hilfe eine »Sammlung aller rechtsstehenden Gruppen«⁸⁰ erreicht werden sollte. Konkrete Verhandlungen bzw. Kooperationen gab es u. a. mit der Deutschen Partei (DP), mit der Nationalen Rechten (NR), die von ehemaligen Politikern der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) geführt wurde, oder auch mit der

78 Vgl. Informationsbericht Robert Strobels vom 28.3.1955, IfZ-Archiv, Sammlung Dr. Robert Strobel, ED 329/7; vgl. auch die rückblickende Einschätzung des damaligen Innenministers Franz Meyers in seiner Autobiographie: gez. Dr. Meyers. Summe eines Lebens. Düsseldorf 1982, S. 175 f.

79 Protokoll über die Sitzung der FDP-Landtagsfraktion am 6.10.1952, LAV NRW R, Bestand FDP-Landtagsfraktion, RW 357/42, Bd. I, pag. 15.

80 Protokoll über die Sitzung der FDP-Landtagsfraktion am 3.3.1953, ebd., pag. 135.

radikalnationalistischen Deutschen Gemeinschaft. Eine politische Liaison verdient in diesem Zusammenhang jedoch besondere Erwähnung, nämlich die mit dem österreichischen Verband der Unabhängigen (VdU).⁸¹ Der 1949 gegründete VdU wies in seiner Frühzeit durchaus Parallelen zur nordrhein-westfälischen FDP auf: Die Betonung ihres Antisozialismus und Antiklerikalismus zur Profilierung als Alternative zu den beiden Volksparteien, der Einsatz für eine freie Marktwirtschaft, der Wille zur Integration und gezielten Umwerbung der ehemaligen Wehrmachtssoldaten und Nationalsozialisten sowie die Versuche zur Herbeiführung einer »Sammlungsbewegung« waren in beiden Parteien anzutreffen. Im VdU machten sich frühzeitig Tendenzen bemerkbar, die auf eine Zurückdrängung liberaler Elemente hinausliefen, alte deutschnationale und frühere nationalsozialistische Protagonisten drängten zunehmend an seine Spitze. Im Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus wird der Verband gar als ein »Konglomerat von Altnazis, Neonazis, Deutschnationalen und einigen wenigen Liberalen«⁸² beschrieben. Ein starkes mentales Band zwischen den Führungskräften in VdU und NRW-FDP bestand – trotz der völligen Diskreditierung großdeutscher Phantasien nach 1945 – in der gemeinsamen Überzeugung, dass Deutsche und Österreicher »ein einziges großes Volk« seien, das sich »auf welchem politischen Wege« auch immer »zusammenfinden muss«.⁸³

Vermittler des Kontaktes zwischen den österreichischen Unabhängigen und den Düsseldorfer Liberalen war kein geringerer als Werner Naumann.⁸⁴ Der in Hitlers Testament zum Nachfolger von Goebbels als Propagandaminister erwählte Naumann war zu Beginn der 1950er Jahre das Zentrum eines vielhundertköpfigen Netzwerkes aus ehemaligen Nationalsozialisten und internationalen Rechtsextremisten, die sich regelmäßig in unterschiedlicher Zusammensetzung und anonym in Düsseldorf trafen. Zu jenem »Naumann-Kreis« gehörte auch Hans Freyborn, ehemaliger Mitarbeiter des Völkischen Beobachters und Mitbegründer des VdU. Zwischen Freyborn und Middelhaue, die sich sowohl privat als auch begleitet von politischen Mitstreitern mehrmals in Österreich und Deutschland trafen, entwickelte sich eine politische wie menschliche Verbundenheit.⁸⁵ Middelhaue schwärmte im August 1952

81 Zum VdU vgl. Lothar Höbelt: Von der vierten Partei zur dritten Kraft. Die Geschichte des VdU. Graz 1999; Peter Autengruber: Kleinparteien in Österreich 1945 bis 1966. Innsbruck/Wien 1997; Kurt Piringer: Chronologie. Verband der Unabhängigen (VdU) 1949-1955. Wien 1993.

82 Brigitte Bailer/Wolfgang Neugebauer: Die FPÖ. Vom Liberalismus zum Rechtsextremismus. In: Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus. Herausgegeben von der Stiftung Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes. Wien 1994, S. 357-494, hier: S. 358.

83 Middelhaue auf der Landesausschusssitzung am 6.1.1953, LAV NRW R, Nachlass Middelhaue, RWN 172/162, pag. 29 f.

84 Vgl. Buchna (wie Anm. 8), S. 132.

85 Vgl. Briefwechsel im LAV NRW R, Nachlass Middelhaue, RWN 172/592/-593.

gegenüber Freyborn richtiggehend von »der starken Übereinstimmung unseres politischen Willens, unserer Zielsetzung« sowie den »geradezu ungeahnten Möglichkeiten einer engen politischen Schicksals- und Kampfgemeinschaft«.⁸⁶ Was auch immer sich hinter solch säbelrasselnden Aussagen konkret verborgen haben mag – den NRW-Liberalen und ihrem Konzept der Nationalen Sammlung kamen bei jener Kooperation eindeutig die Rolle als Seniorpartner und Vorbild zu. Ihr Deutsches Programm und ihr Parteiorgan, die Deutsche Zukunft, dienten bei den Treffen als Gesprächsgrundlage. Der VdU-Mitbegründer und »Promi des österreichischen Nachkriegs-Rechtsextremismus«⁸⁷, Fritz Stüber, wurde vom SPIEGEL gar als »der ‚Middelhaue‘ der WdU«⁸⁸ tituliert.

Warum dieser deutsch-österreichische Exkurs? Er ist der Nachgeschichte des VdU und somit der titelgebenden Fragestellung geschuldet. Nachfolgerin des von innerparteilichen Querelen und landsmannschaftlichen Unterschieden geprägten Verbandes der Unabhängigen wurde nämlich im Jahr 1956 die FPÖ, jene Partei also, die sich gerade in den siebziger und frühen achtziger Jahren wieder »zu einer eher liberalen Partei«⁸⁹ zu entwickeln schien, bevor dann seit der Übernahme des Vorsitzes durch Jörg Haider im Jahr 1986 eine regelrechte Transformation zu einer Partei neuen Typs einsetzte.⁹⁰ Unter Rückgriff auf die älteren, deutschnationalen Traditionen und mittels eines neuen Politikstils vollzog sich die Entwicklung zu einer rechtspopulistischen Protestpartei, deren Wahlerfolge europaweit für Beunruhigung sorgten. Die auch in den »Strukturdefiziten der österreichischen Konkordanzdemokratie«⁹¹ zu suchenden Gründe für den Aufstieg der »Freiheitlichen« müssen hier außer Betracht bleiben. Ein Aspekt jenes Prozesses verdient jedoch besondere Aufmerksamkeit, nämlich die auch im Falle der FPÖ festzustellende Beobachtung, »dass die programmatische Umwandlung einer liberalen in eine rechtspopulistische Partei mit vergleichsweise geringen Friktionen bewältigt

86 Middelhaue an Freyborn, 20.8.1952, LAV NRW R, Nachlass Middelhaue, RWN 172/592, pag. 178.

87 Wolfgang Purtscheller: Aufbruch der Völkischen. Das braune Netzwerk. Wien 1993, S. 82.

88 Der Spiegel, Nr. 10, 4.3.1953, S. 18. Unter dem Signum »WdU – Wahlpartei der Unabhängigen« trat der VdU bei Wahlen an.

89 Kai Arzheimer/Markus Klein: Liberalismus, Rechtsradikalismus und Rechtspopulismus in Deutschland und Österreich. Bestandsaufnahme und Zukunftsszenarien. In: Fritz Plasser/Oscar W. Gabriel/Jürgen W. Falter/Peter A. Ulram (Hrsg.): Wahlen und politische Einstellungen in Deutschland und Österreich. Frankfurt am Main [u.a.] 1999, S. 31-63, hier: S. 37.

90 Zur FPÖ unter Haider vgl. Ruth Wodak/Anton Pelinka (Hrsg.): The Haider Phenomenon in Austria. New Brunswick [u.a.] 2006; Reinhard Heinisch: Austria: The Structure and Agency of Austrian Populism. In: Daniele Albertazzi/Duncan McDonnell (Hrsg.): Twenty-First Century Populism. The Spectre of Western European Democracy. New York [u.a.] 2008, S. 67-83.

91 Lothar Probst: Jörg Haider und die FPÖ. Anmerkungen zum Rechtspopulismus in Österreich. In: Werz (wie Anm. 2), S. 113-125, hier: S. 123.

werden« kann, sofern »die betreffende Partei kein dezidiert liberaldemokratisches Profil aufweist«. ⁹²

6. *Abschließende Überlegungen*

Lässt sich diese These – zumal vor dem Hintergrund der zeitweiligen politischen Nähe und strukturellen Vergleichbarkeit von nordrhein-westfälischen und österreichischen Liberalen – auch auf die FDP unter Friedrich Middelhaue übertragen? Die Frage, ob die NRW-FDP eine rechtspopulistische Partei war, muss wohl verneint werden. Aufgrund der geradezu historischen Schwäche des Linkliberalismus im Gebiet von Rhein und Ruhr besaß sie zwar kein »liberaldemokratisches Profil«, doch die hier gewählte, problemorientierte und somit notwendig enge Perspektive droht die Sicht dafür zu verstellen, dass sich die dortige FDP auch jenseits ihrer vergangenheitspolitischen Gebaren zu einer ungemein »fleißigen Partei« ⁹³ entwickelte, wovon nicht nur die große Aktivität im Landtag, sondern auch ihre programmatische Arbeit auf den Feldern der Kultur-, Sozial-, Wirtschafts- und Agrarpolitik zeugt. Dieser Aspekt wurde jedoch schon in anderen Publikationen hinreichend gewürdigt. Die Ausgangsfrage lautete vielmehr, ob das von Middelhaue vertretene Ziel, die FDP in einer Nationalen Sammlung aufgehen zu lassen, als ein liberaler Weg in den Rechtspopulismus beschrieben werden kann. Die angeführten Merkmale jenes umstrittenen politischen Planspiels scheinen jedenfalls für eine solche Interpretation zu sprechen.

Ein wichtiger Schlüssel zum Verständnis der Middelhaueschen Sammlungsambitionen nach 1945 liegt in seiner politischen Sozialisierung während der Weimarer Republik und der geradezu traumatisch empfundenen Prägung durch den Niedergang des Weimarer Liberalismus begründet. Während liberale Parteifreunde aus anderen Landesverbänden traditionsbewusst auch an Weimarer Kontinuitäten anzuknüpfen bereit waren, wollte Middelhaue eine »Neuaufgabe jener müden Staatspartei [...], die für das Ende der Weimarer Republik so große Verantwortung trägt« ⁹⁴, unter allen Umständen verhindern. Nach Lesart Middelhaues ist Weimar am Versagen der bürgerlichen Parteien, an ihrem Unvermögen zur Integration der Jugend, einer zu schwachen Staatsautorität sowie einem handlungsunfähigen Parlamentarismus gescheitert. Zahlreiche der oben genannten Forderungen zur Neugestaltung des Staates oder zur Stellung der Parteien lassen sich zwar ideengeschichtlich zurück-

92 Arzheimer/Klein (wie Anm. 89), S. 43.

93 Lothar Albertin: Die FDP in Nordrhein-Westfalen. Porträt einer fleißigen Partei. In: Ulrich von Alemann (Hrsg.): Parteien und Wahlen in Nordrhein-Westfalen. Köln 1985, S. 121-145.

94 Artikel Middelhaues aus der »Deutsche Zukunft« vom 19.7.1952.

verfolgen, ohne dabei das Spektrum des Liberalismus verlassen zu müssen. Doch der Rückgriff auf liberale Reformvorschläge aus den Krisenjahren der Weimarer Republik war unter den gänzlich veränderten Rahmenbedingungen und Herausforderungen der frühen 1950er Jahre nicht dazu angetan, neues Vertrauen in die junge und legitimierungsbedürftige Demokratie zu stiften. Wer in den Gründungsjahren der Bundesrepublik nach einem starken, »überparteilichen« Präsidenten verlangte, eine Abschaffung des Föderalismus und die Schaffung einer ständischen Kammer forderte, für eine Schwächung der Parteien im politischen System eintrat, vom Deutschen Reich schwärmte und einen Zusammenschluss aller »Aufrechten, Mutigen und Anständigen«⁹⁵ unter dem Titel einer Nationalen Sammlung betrieb, der schürte Ressentiments gegenüber einer liberalen, pluralistischen und parlamentarischen Demokratie, unterminierte das Vertrauen in deren Träger und spekulierte auf das Protestpotential all jener, die noch nicht im neuen Staat »angekommen« waren. Die Verwendung nationalistischer Phrasen entsprang dabei nicht zwingend persönlicher Überzeugung, sondern war primär taktisch motiviert. So war sich Middelhaue im Klaren darüber, »abgeschmackte Begriffe«⁹⁶ zu verwenden. Dies trifft in gesteigertem Maße auf das Deutsche Programm zu, das deutlich rechtspopulistische Züge trägt und sichtlich darum bemüht war, das gesamte »nationale« Spektrum anzusprechen – der preußisch Konservative sollte sich ebenso angesprochen fühlen wie der »deklassierte« Nationalsozialist oder der nationale Liberale.

Die Nationale Sammlung war indes keine Wahlkampfplattform, sondern ein ganzheitliches Politikkonzept. Nach außen hin erhobene Forderungen, etwa nach einer »Führungsdemokratie« oder einer Generalamnestie, wurden auch parteiintern zur Maxime erhoben. Die Zentralisierung der Parteiorganisation, die inhaltliche »Homogenisierung« des Landesverbandes, die versuchte und teilweise gelungene Entmachtung der innerparteilichen Widersacher oder auch die Integration ehemaliger Nationalsozialisten an strategischen Schlüsselpositionen des Landesverbandes waren weder einem Zufall noch einer Intrige geschuldet, sondern das Ergebnis einer zielorientierten und machtbewussten Politik Middelhaues. Es bleibt dem Bereich der Spekulationen überlassen, inwieweit gekränkte Eitelkeit und enttäuschte politische Aufstieghoffnungen katalytisch auf Middelhaues Sammlungsambitionen gewirkt haben – sowohl bei der Vergabe der Ministerposten des ersten Bundeskabinetts als auch in der Nachfolgefrage von Theodor Heuss auf dem Posten des FDP-Parteivorsitzenden fühlte sich der erste Mann der nordrhein-westfä-

95 Aus einem Artikel der »Deutschen Zukunft« vom 7.6.1952 mit der Überschrift »Gebot der Stunde: Sammlung der Rechten«.

96 Undatiert Entwurf eines Rundschreibens von Middelhaue an alle Bezirks- und Kreisverbände, verfasst nach der Bundestagswahl vom 6.9.1953, LAV NRW R, Nachlass Middelhaue, RWN 172/98, pag. 110.

lischen Liberalen über- bzw. hintergangen.⁹⁷ Der Erfolg seiner innerverbandlichen Umstrukturierungsmaßnahmen, der Zuwachs an Wählerstimmen und die Willfähigkeit und Effektivität seiner jungen Mitarbeiter scheinen Middelhaue jedenfalls derart berauscht zu haben, dass er in Verfolg seines politischen Zieles Methoden anzuwenden bereit war, die man dem liberalen Schöngest nicht zugetraut hätte.

Eine Bewertung des politischen Potentials der Nationalen Sammlung lässt sich seriös kaum vornehmen, verschwand jenes Konzept doch von der politischen Bühne, noch bevor es »wählbar« wurde. Dennoch kann mit guten Gründen vermutet werden, dass eine bundesweit antretende rechtspopulistische, nicht-extremistische Partei keineswegs chancenlos geblieben wäre. Auch nachdem spezifisch vergangenheitspolitische Themen wie Entnazifizierung oder Generalamnestie an Relevanz verloren hatten, hätte es immer wieder Möglichkeiten gegeben, gerade auf dem Feld der Deutschlandpolitik mit populistischen Alternativvorschlägen die CDU/CSU quasi von rechts vor sich herzutreiben. Nicht ohne Grund war daher das Entstehen einer solchen Partei der politische Alptraum des Bundeskanzlers und CDU-Vorsitzenden Konrad Adenauer. Seine Furcht galt konkret der Abspaltung eines Middelhaue-Flügels, die 1952 als Drohkulisse im Raum stand.⁹⁸ Als ultima ratio hat auch Middelhaue einen solchen Schritt nicht ausgeschlossen. Zu Beginn des Jahres 1953 schien klar: Hätte sich seine Nationale Sammlung in jenem Bundestagswahljahr FDP-intern nicht durchgesetzt, so wäre eine Sezession wahrscheinlicher gewesen als der Verbleib im Verbund der Bundespartei. An organisatorischen Unzulänglichkeiten, einem bisherigen Haupthindernis rechtspopulistischer Parteien in der Bundesrepublik, wäre eine solche Abspaltung sicherlich nicht gescheitert, denn Middelhaue entsprach vielleicht nicht dem populistischen Politikertypus des charismatischen Führers, war aber ein politisch erfahrener, geschickter Organisator, der mit Strukturen und Abläufen innerhalb einer Partei vertraut war, eine große Schar an Gefolgsleuten hinter sich versammelt hatte und zudem an der Spitze des mit großem Abstand finanzstärksten Landesverbandes der FDP stand.

Die hier angestrebte Deutung der Nationalen Sammlung als eine Ausdrucksform des Rechtspopulismus kann nur tentativen Charakter haben. Dennoch soll dieser Versuch mit einer resümierenden These beschlossen werden: Das Bedürfnis Middelhaues, sich inhaltlich wie organisatorisch von früheren liberalen Parteien abzugrenzen, sowie die Bereitschaft zur Ansprache und Integration einer politisch orientierungslosen, tendenziell parlamentarismus-

97 Vgl. Informationsberichte Robert Stobels vom 25.5.1951 und 10.7.1952, IfZ-Archiv, Sammlung Dr. Robert Stobel, ED 329/3 und ED 329/4.

98 Vgl. Brief Adenauers an Middelhaue vom 30.7.1952, LAV NRW R, Bestand FDP-LV NRW, RWV 49/857, pag. 8 f., abgedruckt in: Adenauer. Briefe 1951-1953. Bearbeitet von Hans Peter Mensing. Berlin 1987, Nr. 244, S. 257 f.

fernen Klientel führten dazu, dass das Konzept der Nationalen Sammlung programmatisch und stilistisch zahlreiche Versatzstücke aus dem Repertoire des Rechtspopulismus aufwies. Bei konsequenter weiterer Verfolgung jener Sammlung, die zunehmend auch Kreise anlockte, die dem Liberalismus ihrer ganzen Prägung nach wesensfremd waren, drohte der Middelhaue-Kurs in der Tat zu einem liberalen Abweg zu werden, der dank der britischen Intervention und der sich anschließenden FDP-internen Aufklärungsarbeit zu einer Sackgasse geworden ist.

Innerparteilich blieb Friedrich Middelhaue fortan weitestgehend isoliert, im April 1956 scheiterte die von ihm angestrebte Wiederwahl zum stellvertretenden Bundesvorsitzenden, wenige Wochen zuvor war er bereits vom Amt des nordrhein-westfälischen Landesvorsitzenden zurückgetreten, nachdem die eigenen Parteifreunde hinter seinem Rücken den Sturz der Regierung Arnold-Middelhaue zur Herbeiführung einer sozialliberalen Koalition erfolgreich betrieben hatten. Gerade vor dem Hintergrund jenes wenig ruhmreichen Abschieds kursierten in den Folgejahren immer wieder Spekulationen über eine Rückkehr auf die politische Bühne, die von Middelhaue selbst genährt worden sind. »Doch dazu kam es nicht mehr«, so der außen- und deutschlandpolitische FDP-Vordenker Wolfgang Schollwer, »zum Glück für Middelhaue, vor allem aber für die Freien Demokraten.«⁹⁹

99 Wolfgang Schollwer: FDP im Wandel. Aufzeichnungen 1961-1966. Herausgegeben von Monika Faßbender. München 1994, Tagebucheintrag vom 21.7.1966, S. 331.

